

Rolle rückwärts

Von Dagmar Hornung

Die geplante Novellierung der Ratsgeschäftsordnung hatte Teilen der Politik Bauchschmerzen bereitet. Vor allem, dass die Einwohnerfragestunde beschränkt werden sollte, empfanden insbesondere SPD, FLU und WfU als einen zu gravierenden Einschnitt in die Rechte des Bürgers und das bisherige Vorgehen. Das hätte Unna nicht gut zu Gesicht gestanden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sich Bürger der Stadt zuletzt immer wieder nicht gehört fühlten. Dirk Wigant hat den Bürgern versprochen, nah bei ihnen zu sein. Und mit Blick auf die neue Ratsgeschäftsordnung hat er nun gerade noch die Kurve gekriegt, wie Sie heute im Lokalteil lesen.





Die zunächst vorgesehene Beschränkung bei Einwohnerfragen entfällt - bis auf weiteres.

FOTO HENNES (A)

„Lex Wigant“ schnell begraben: Einwohnerfragestunde unbeschränkt

UNNA. Selten gab es so viel Erregung über eine Novellierung der Rats-Geschäftsordnung. Nun ist die Beschränkung der Einwohnerfragestunden vorerst zurückgenommen.

Von Peter Körtling

Selten hatte die geplante Novellierung der Rats-Geschäftsordnung für so viel Unmut gesorgt wie bei dem aktuellen Entwurf: Die SPD, Freie Liste Unna (FLU) und Wir für Unna (WfU) hatten sich sogar gemeinsam ausgiebig mit dem Entwurf befasst, aus ihrer Sicht gefährliche Stellen aufgezeigt und Alternativen vorgeschlagen. Das führte am Donnerstagabend im Haupt- und Finanzausschuss zu einer rigorosen Rolle rückwärts.

Einer der Haupt-Kritikpunkte war die vorgesehene Beschränkung der Einwohner-Fragestunde: Pro Bürger seien nur noch zwei Fragen von je einer Minute Redezeit erlaubt, wobei „versteckte persönliche Stellungnahmen“ oder „subjektive Bewertungen“ nicht zulässig seien. Die Gesamtdauer der zu Beginn jeder Ratsitzung stattfindenden Einwohnerfragestunde dürfe

zudem 20 Minuten nicht überschreiten.

Weitere Einschränkungen, auch für sachkundige Bürger in den Ausschüssen, sowie die Ratsmitglieder selbst, hatten für den öffentlichen Aufschrei der Opposition gesorgt. Als die Tagesordnungspunkte rund um die Geschäftsordnung aufgerufen wurden, meldete sich Bürgermeister Dirk Wigant mit einem Vorschlag, der die Ausschussmitglieder staunen ließ: Die Einwohner-Fragestunde solle zunächst bis auf weiteres unverändert bestehen bleiben.

Dabei handele es sich ja um eine freiwillige Einrichtung, die nach einigen Monaten evaluiert werden könne. Der Großteil der Geschäftsordnung sei an rechtliche Vorgaben gebunden, wobei man sich überwiegend an einer Mustersatzung orientiert habe. Aufgrund der Kritik rate er deshalb zu einer Klausur des

»Die Remmidemmi-Kritik finde ich nicht so gut, denn ohne die öffentliche Diskussion wären wir nicht da, wo wir jetzt sind.«

Klaus Göldner,
Fraktionsvorsitzender der
FLU

Haupt- und Finanz-Ausschusses, mitsamt einem sachkundigen Rechts-Professor.

Remmidemmi der Opposition

So ließen sich alle Fragen erörtern und gemeinsam eine rechtssichere neue Geschäftsordnung ausarbeiten. Auf das allgemeine Erstauen über diese 180°-Wende folgte schnell Zustimmung.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Claudia Keuchel, hatte zuvor leise das mediale „Remmidemmi“ der Opposition zum Thema kritisiert, doch der nun auf dem Tisch liegende Vorschlag stieß auf allgemeine Zustimmung.

Auf den Grund für die geplante Einschränkung angesprochen, äußerte Wigant die Befürchtung, dass einzelne Bürger etwa die Fragestunde für ausufernde Grundsatzreden nutzen würden. Zudem sei die Beschränkung der Fragezeit bei der Nachbarstadt Werl abgeschaut. Dem entgegenstehe der CDU-Fraktionsvorsitzende Rudolf Fröhlich, dass er als Ausschuss-Vorsitzender durchaus in der Lage sei, sowas zu unterbinden.

Gemeinsame Basis, nicht zu teuer

Auch die Gegner des Entwurfs, Sebastian Laaser als Fraktionsvorsitzender der SPD, Ingrid Kroll als Frakti-

onsvorsitzende der WfU, sowie Klaus Göldner als Fraktionsvorsitzender der FLU, zeigten sich vom vorgeschlagenen Weg überzeugt. So sagte Göldner: „Ich bin positiv überrascht, wie gut wir hier gemeinsam sind. Die Remmidemmi-Kritik finde ich hingegen nicht so gut, denn ohne die öffentliche Diskussion wären wir nicht da, wo wir jetzt sind.“

Zu einem Aspekt der Geschäftsordnungsplanung äußerte sich schließlich noch ein Bürger mit seiner Nachfrage: Warum müsse für viel Geld ein Professor zur Klausur kommen, wenn es doch einige Juristen in der Verwaltung gebe? Da entgegenstehe der Bürgermeister, dass das deutsche Recht äußerst diffizil sei und niemand alles könne. Daher sei die Möglichkeit, eine gemeinsame, rechtssichere Basis mit externem Sachverständigen für einen einstelligen Tausender-Betrag herzustellen, nicht zu teuer.